

Sitzung der 74. Europaministerkonferenz

am 17./18. Mai 2017 in Wismar

TOP 5: Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit

Berichterstatter in der UAG: Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern,
Niedersachsen, Sachsen-Anhalt

Beschluss

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz verweisen auf die vielfältigen Maßnahmen der Länder zur europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit, so zum Beispiel die alljährliche Europawoche und die EU-Schulprojektstage sowie die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen europäischen Engagements. Gleichwohl erkennen sie die noch bestehenden Defizite und die damit verbundene Notwendigkeit einer Neuausrichtung der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz nehmen den Bericht „Umsetzungskonzept und Maßnahmenpaket zur europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit“ zur Kenntnis.
2. Sie begrüßen die im Rahmen dieses Konzeptes bereits erfolgreich umgesetzten Maßnahmen im Bereich der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit und erachten insbesondere die Bündelung von Ressourcen durch die verstärkte Kooperation mit dem Multilateralen Dialog und den bereits erfolgten Austausch mit dem Bundespresseamt als zielführend.
3. Sie halten es für notwendig, zukünftig Schwerpunktthemen kontinuierlich und koordiniert aufzugreifen und umzusetzen, innovative Formate zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Pressevertretern und den Einsatz neuer IT-Verfahren und sozialer Medien zu erproben.
4. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz werden auch in Zukunft regelmäßig die Aktivitäten und Planungen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit auf ihre Tagesordnung setzen und eine enge Kooperation mit anderen EU-Akteuren und Institutionen anstreben. Eine öffentlichkeitswirksame Vermittlung von Themen, Diskussionen und Beschlüssen der EMK wird zukünftig im Fokus stehen.

5. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bekräftigen nochmals ihren Beschluss vom 28. April 2016 zur Situation der Europe-Direct-Informationszentren in den deutschen Ländern, mit dem sie sich insbesondere für einen Abbau von bürokratischen Lasten und eine Verbesserung der finanziellen Unterstützung durch die EU ausgesprochen haben. Sie nehmen das Schreiben des Präsidenten der Europäischen Kommission vom 16. März 2017 zur Vorbereitung der Ausschreibung zur Kenntnis. Sie bitten die EU-Institutionen, ihre Forderungen zur Verbesserung der Situation der EDIC bei der Ausgestaltung der Ausschreibung aufzugreifen. Sie werden hierzu in einen weiteren Austausch mit Vertretern der EU-Institutionen treten, und bitten die Bundesregierung, sie dabei zu unterstützen.